

Nr. 208. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 4. Mai 1876.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

47. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 3. Mai.

11 Uhr. Am Ministerische Camphausen, Friedenthal, Geh. Räthe Jekens, Lüddecke, von Kampff u. A.

Seitens des Handels- und Finanzministers ist dem Hause ein Gesetzentwurf, betr. die Umwandlung des Berliner Beughauses in eine Ruhmeshalle, vorgelegt worden.

Abg. Dr. Franz hat eine Interpellation, betreffend die Hausforschung bei einem Priester in Ohlau, angemeldet.

Das Haus tritt in die Beratung des Antrages des Abgeordneten Kapp: Die Regierung aufzufordern, den am 18. Juli 1867 mit dem Fürsten von Waldeck abgeschlossenen Vertrag im Laufe dieses Jahres zu kündigen.

Abgeordneter Kapp: Der § 11 des Accessionsvertrages, den Preußen im Jahre 1867 mit dem Fürsten von Waldeck abschloß, bestimmt, daß der Vertrag noch weitere 10 Jahre in Kraft bleibt, wenn er nicht im Laufe des Jahres 1876 gekündigt wird.

Sie alle wissen, daß dieser Accessionsvertrag durchaus nicht die Erwartungen erfüllt hat, die man bei seiner Abschließung von ihm begann konnte. Er ist ein vollständiges Zwitterwesen, halb Personal-, halb Realunion, und so beschaffen, daß er nur dem Fürsten von Waldeck Vorteil bringt, dem Lande aber und der Bevölkerung nur Lasten auferlegt.

Insbesondere erregt die Art und Weise, wie darin über das Domänenvermögen des Landes verfügt wird, die allgemeine Unzufriedenheit. Wie in den meisten kleinen Staaten bildete auch in Waldeck das Domänen den Bankapfel zwischen Fürst und Land. Durch einen Reech vom Jahre 1853 wurde zwar das Domänen als Staatseigentum erklärt, dem Fürsten aber die Hauptrechten derselben in der Weise eingeräumt, daß die ersten 70,000 Thaler daraus dem Fürsten, die nächsten 10,000 Thaler dem Lande gehören, das übrige gleichmäßig zwischen beiden getheilt werden sollte, so daß, wenn die Domänen 100,000 Thaler an Einnahmen mähen, 80,000 Thaler dem Fürsten und 20,000 Thaler dem Lande zufallen. (Hörl.) Dieser Reech, wonach das Land wenigstens einen ganz geringen Theil an den Nebenkosten des Domänen erhielt, ist durch den Accessionsvertrag faktisch, wenn auch rechtlich außer Kraft gesetzt worden, insofern als dem Fürsten dadurch der Gesamtbetrag aller Nebenkosten quertheitl. wurde.

Vergebens haben die Stände Waldecks gegen diesen Eingriff in ihre Rechte protestiert. Zu erwägen ist hierbei, daß das Domänenvermögen den vierten Theil des gesamten Landes und das Vermögen an Waldereien den fünften Theil des Landgebietes beträgt. Da das Land keine Eisenbahn besitzt, in Folge dessen billige Kohlenvorräte nicht beschafft werden können, so ist der Fürst in der Lage, seine Untertanen die Holzpreise vorzuschreiben zu können; und er nutzt diese Situation aufs beste aus, um auf Kosten des Landes Geschäfte zu machen. Die Waldecker Landesverfassung verbietet ausdrücklich jede Veräußerung des Domänenvermögens ohne Genehmigung der Stände. Trotzdem leitet der Fürst aus dem Accessionsvertrag das Recht her, das Domänen zu veräußern und es ist das letztere bereits vielfach tatsächlich geschehen, was den lebhaftesten Unwillen der Bevölkerung hervorgerufen hat. Nicht geringer als die materiellen sind die moralischen und politischen Schädigungen des Landes, welche der gegenwärtige Zustand des Landes herbeiführt. Das Land wird durch einen preußischen Landesdirektor verwaltet, der eine wahre Zwitterstellung einnimmt, da er einmal dem preußischen Ministerium, sodann dem Lande verantwortlich ist. Kein Mensch im Lande weiß, wohin er eigentlich gehört. Waldeck, so klein es ist, ahnt in der That — wie der Abgeordnete von Bunsen einige treffend bemerkte — das Kaiserthum Japan noch; der König von Preußen ist der Taitun und der Fürst von Waldeck ist der Milao. (Heiterkeit.) Erst neulich hat der Fürst einen seiner Domänen-Rentmeister zum Chef des Waldecker Consistoriums gemacht. (Große Heiterkeit.) Wenn aber ein Bewohner sich Beichtgedehrend an den Fürsten von Waldeck wenden will, so ist er niemals zu finden. Man kann uns doch wahrlich nicht zunutzen, einen vollständig überflüssigen Souverän bei derartigen Zuständen des Landes noch ferner auf Kosten der preußischen Steuerzahler und der Waldecker Bevölkerung zu unterhalten. (Sehr wahr!)

Wir würden, wenn wir dies thäten, einen höchst gefährlichen Präcedenzfall schaffen, denn es würde sich leicht ein Dutzend von Fürsten deutscher Kleinstaaten bei uns melden, um in derselben Weise dort zu werden. Ich habe meinen Antrag gestellt, damit die Regierung bei Festsetzung des Vertrags bessere und gerechtere Bedingungen einführt. Vor Allem muß der Vertrag auf jährliche Kündigung gestellt werden. Dem Lande muß sein Anteil an dem Domäneintrag zurückgestattet und das Domänen selbst, das jetzt vollkommen steuerfrei ist, zur Steuer herangezogen werden.

Finanzminister Camphausen: Wir können leineswegs, wie der Vorredner, den Fürsten von Waldeck für einen überflüssigen Fürsten halten. Wir können auch nicht anerkennen, daß das bisherige Verhältnis dem Lande gar keinen Vorteil verschafft habe. Wenn wir den heutigen Zustand mit dem früheren vergleichen und in Betracht ziehen, was seit der Verbindung mit Preußen im Lande geschaffen worden, so wird sich gewiß ein günstiges Resultat ergeben, wenn ich auch nicht bestreiten kann, daß dasselbe noch immer weit hinter den Wünschen und Ansprüchen der Bevölkerung Waldecks zurückbleibt. Darin allerdings stimme ich mit dem Vorredner überein, daß sich die Verlängerung des jetzt bestehenden Vertrages um volle 10 Jahre nicht empfehlen würde. Die Staatsregierung hat deshalb den Entschluß gefaßt und die allerhöchste Ermächtigung dazu erhalten, behufs Aufklärung neuer Verhandlungen dem Fürsten von Waldeck den Vertrag in diesem Jahre zu kündigen. (Beifall.) Diese Kündigung wird also erfolgen und wir werden uns bemühen, einen neuen Vertrag zu Stande zu bringen, der möglichst den Interessen der beiden Staaten entspricht.

Abg. Miquel: Die Erklärung der Staatsregierung ist gewiß eine erfreuliche, namentlich wenn ich — wie ich als selbstverständliche voraussehe — sie so verstehen darf, daß der neue Vertrag dem Landtag zur Genehmigung vorgelegt werden wird. Wir werden dann Gelegenheit haben, die Materialien des Vertrages gründlich zu erörtern. Da mir aus meiner Stellung als Reichsabgeordneter Waldeck's die Verhältnisse dieses Landes genau bekannt sind, möchte ich der Regierung für den Abschluß des neuen Vertrages nur einige Erwägungen anhängen. Die große Mehrzahl der Bevölkerung zieht die Annexion an Preußen dem jetzigen unklaren Verhältnisse des Accessionsvertrages, wonach die Landesbewohner weder Preußen noch Waldecker sind, bei Weitem vor. Diese Stimmung ist nicht neu, sondern datirt bereits aus dem Jahre 1866. Dennoch glaube ich, daß diese Stimmung der Bevölkerung allein die Frage über die staatsrechtliche Stellung Waldecks nicht entscheiden kann, da dem Fürsten von Waldeck durch die Bevölkerung keine Souveränität garantiert ist, ein Vorgehen ohne seinen Willen, also einen Rechtsbruch, involviert werden. Die Regierung hat uns eben erklärt, sie wünsche die Annexion nicht; der Fürst steht vermutlich auf demselben Standpunkte, wir werden also nicht vor der Frage stehen: ob Annexion oder Accession, sondern ob Accession oder Wiederherstellung des alten Zustandes. Unter solchen Umständen kommt es auf die Modalitäten an, unter denen wir den neuen Vertrag abschließen zu dürfen glauben. Mit dem Abschluß des Vertrages auf eine längere Zeitdauer, als auf 10 Jahre, bin ich durchaus einverstanden; wir haben es dann beständig in der Hand, immer aufs Neue zu prüfen, ob das wunderbare staatsrechtliche Verhältnis zwischen beiden Staaten fortbestehen soll. Ferner halte ich es für wünschenswert, daß der Vertrag nicht stillschweigend prolongiert wird, falls eine Kündigung nicht erfolgt, sondern daß er auf bestimmte Zeit geschlossen wird, damit die schwierige Frage, ob der Landtag bei der Nichtkündigung zu concurrenz hat, wegfällt.

Ferner muß festgestellt werden, wer als Vertreter Waldecks berufen ist, den Vertrag zu kündigen; jedenfalls müssen die Rechte der Stände in dieser Beziehung gewahrt werden. Eben so muß die Frage über die rechtliche Natur des Domänen, die bisher nie bestimmt entschieden worden ist, endgültig geregelt werden. Bis jetzt hat man sich begnügt, über die Einkünfte des Domänenvermögens eine Vereinbarung zu treffen, wonach dem fürstlichen Hause für seine Bedürfnisse zunächst 70,000 Thlr. überwiesen wurden, die nächsten 10,000 Thlr. dem Lande verbleiben und der Rest zwischen beiden gleichmäßig getheilt werden sollte. Nun ist beim Abschluß des Accessions-

vertrages diese ganze Bestimmung einfach ignoriert und dem Fürsten die ausschließliche Nutzung des ganzen Domänen verliehen worden. Erhält man, daß durch den Accessionsvertrag gleichzeitig die Lasten des fürstlichen Hauses erheblich geringer geworden sind, so wird man ernstlich der Frage näher treten müssen, bis zu welchem Beitrage die fürstliche Familie zur Deckung der Landesausgaben heranzuziehen sei. In dem waldeckischen Stände hat ferner die Unverhältnismäßigkeit des Domänen ausgesprochen. Es kann nun aber in letzter Zeit Veränderungen des Domänen seitens der fürstlichen Verwaltung vor; und auf die Beschwerde der waldeckischen Stände hat der preußische Landesdirektor erklärt, daß er in dieser Frage nicht kompetent sei einzutreten. Ich teile diese Ansicht des Landesdirektors nicht, meine vielmehr, daß Preußen die Interessen des Landes dem Fürsten gegenüber achtet zu machen hat. Sollte die Frage wirklich controvers sein, so muß sie im nächsten Vertrage klar gestellt werden; außerdem muß aber während der Dauer des Vertrages eine Behörde zur Vertretung der Rechte des Landes in Bezug auf das Domänen eingefestigt werden. Ferner werden die Reinerträge des Domänen vom Jahre 1882 ab durch die bis dahin erfolgte Verlängerung des Vertrages eine Belöhnung für die bis dahin erzielten Erfolge.

Auch dies wird bei etwaiger Verlängerung des Vertrages über das Jahr 1882 hinaus berücksichtigt werden müssen. Endlich muß auch noch die Frage wegen des Stiftes entschieden werden. Die Waldecker Juristen und Stände behaupten, daß die Stift säcularisiert und Staatseigentum sei.

Trotzdem ist es im Besitz der fürstlichen Verwaltung geblieben und hat der Fürst die Erträge zu Dotationen für Töchter von Beamten und adeligen Familien bestimmt. Die Klagen sind darüber in Waldeck um so größer, als man diese Erträge für die Aufbesserung der wahrhaft kläglichen Dotationen der Geistlichkeit zu verwenden gedacht hatte. Es wird also auch erworben werden müssen, ob man nicht durch nähere Verbindung von Waldeck mit den angrenzenden preußischen Bezirken, durch Aufhebung des selbständigen Landes-Direktorats in Waldeck erhebliche Ersparnisse in der Verwaltung ohne Nachteil des Landes eintreten lassen kann. Das Land Waldeck ist ein armes Bergland und die Waldecker zahlen pro Kopf heute schon eine Steuer, welche höher ist als der Durchschnittsbetrag der gesammten Steuern pro Kopf im preußischen Staat. Man wird also schwierig daran denken können, die Steuerlast der Bevölkerung noch zu erhöhen. Es werden daher Ersparnisse in der Verwaltung notwendig sein. Nur dadurch wird es vielleicht gelingen, den Vertrag ohne Steigerung der Lasten der preußischen Staatskasse zu schließen. Gelingt es nicht, die Ausgaben erheblich zu reduzieren oder die Einnahmen zu erhöhen, so wird allerdings das Verlangen um so dringender und gerechtfertigter, das Domänen mit zur Besteuerung heranzuziehen und ich möchte diesen Gesichtspunkt bei Neuabschließung des Vertrages besonders zur Erwähnung empfehlen.

Finanzminister Camphausen: In Bezug auf die Veräußerung des Domänenvermögens muß ich die Angaben der beiden Vorredner doch berichtigten. Ich habe vor einiger Zeit von dem Landesdirektor zu Waldeck Auskunft darüber verlangt und er hat mir einen Brief eingeliefert, worin es heißt:

„Nach der im Auftrag des Fürsten im biesigen Regierungsschluß veröffentlichten Zusammenstellung beläuft sich der Gesamtwert der seit 1868 veräußerten Grundstücke auf 77,046 Thaler, während der Wert der in dieser Zeit angekauften Grundstücke 20,369 Thaler beträgt. Der Überschuss des Verkaufserlöses ist durch Ablösung u. s. w. zu Gunsten des Stammvermögens des Fürsten verwendet worden.“ Es hat also nach dieser Auskunft irgend eine Beeinträchtigung des Stammvermögens des Fürsten nicht stattgefunden.

Mit Rücksicht auf die Erklärungen des Finanzministers, nach denen bei Vorlegung des neuen Vertrages die Angelegenheit das Haus wiederum beschäftigen wird, zieht hierauf Abg. Kapp seinen Antrag zurück.

Ohne Discussion werden darauf dem Antrage der Commission gemäß der königlichen Staats-Regierung zur Berücksichtigung überwiesen:

1) eine Petition von Neumann-Zisdern bei Memel, die sich darüber beschweren, daß ihnen der Fang in der Eintheilung des kurischen Hafes in der Zeit vom 1. September bis 1. Dezember nicht mehr gestattet werde;

2) eine Petition von Einwohnern der Provinz Brandenburg, die sich insbesondere über die Bagger-Arbeiten beschweren, welche die Hamburger Regierung auf der Unter-Elbe vornehmen läßt.

Dagegen wird über die Petition des Wirtschaftsbehörden Panatz — in Erwähnung, daß die königliche Staatsregierung schon Anordnungen getroffen habe, durch zweckmäßige Uferbauten die Grundstücke des Petenten vor Abriss möglichst zu schützen — zur Tagesordnung übergegangen.

Der Antrag des Abg. Dr. Dohm und Genossen, die königliche Staatsregierung aufzufordern, folgend mit der Einrichtung von Nebelstignalen an den gefährlichsten Punkten der preußischen Küsten vorzugehen, wird nach kurzer Empfehlung durch den Abg. Berger angenommen.

Demnächst wird die Petition zweier Wasserlösungsverbände in dem Kreise Eiderstedt (Regierungsbezirk Schleswig) um Erlaubnis einer Einwasserungsgehege in Anerkennung des dringenden Bedürfnisses baldiger Verbesserung der dortigen Westküste nach dem Commissionsvertrag der Staatsregierung als Material für ein künftig zu erlassendes Wasserlösungsgeges überwiesen.

Eine Petition des Abg. Kette auf Jäsen beantragt die sofortige Aufhebung der Verordnung von 1777, nach der im Interesse der Jagd Schäfer und Hirten ihren Hunden einen Knüppel von 2½ Schuh Länge und 6 Zoll Starke umhängen oder sie am Stride führen sollen. Die Commission beantragt, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen. Abg. Kette, als Vorsitzender des Bülower landwirtschaftlichen Vereins dagegen, dieselbe der königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überlassen.

Der Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten Dr. Friedenthal erkennt an, daß die Forstdordnung von 1777 viel gegenwärtig Unpassendes enthalte, und daß namentlich auch jene die Hunde betreffende Bestimmung dazu gehöre. Bisher habe aber der Abg. Kette stets das Verlangen gestellt, daß er die Bestimmung einfach lässe. Ihm sei sehr zweifelhaft, ob jene Forstdordnung eine bloße Verordnung oder ein Gesetz sei. Persönlich neige er, wie der Abg. Kette, zu der leichten Ansicht. In seinem Falle aber sei es, daß Verlangen der einfachen Aufhebung durch ihn, den Minister, gerechtfertigt. Zunächst müsse der Petent sich entweder an den Oberpräsidenten wenden — und an diesen habe er ihn gewiesen, oder die Aufhebung müsse im Wege der Gesetzgebung erfolgen und dann sei vor Allem angebracht, erst den Provinziallandtag zu hören. Er selbst sei sehr dafür, daß man die Hunde von einer solchen Beschränkung befreie, aber andererseits ein großer Gegner des Unjuugs, den man auf dem Lande mit Hunden treibt. (Lebhafte Beifall!) Abg. Kette bitte, mit Rücksicht auf diese Erklärungen des Herrn Ministers über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Der Referent befürwortet dagegen den einfachen Übergang zur Tagesordnung, welchem Antrag das Haus beitritt.

Die Petition des landwirtschaftlichen Vereins des Greifswalder Kreises, betreffend den Fortbestand der landwirtschaftlichen Akademie Eldena, hat die Commission beantragt, der Staatsregierung zur Erwähnung dahin zu überweisen, 1) daß eine baldige definitive Entscheidung betrifft der Akademie in Eldena im allseitigen Interesse liegt; 2) im Fall der Auflösung der landwirtschaftlichen Akademie in Eldena, bezüglich deren Vereinigung mit der Universität in Greifswald, die Errichtung einer landwirtschaftlichen Mittelschule in Eldena in Aussicht zu nehmen.

Berichterstatter Frhr. v. Schorlemmer-Alst: Die Frage der Aufhebung ist in diesem Hause bereits bei der Beratung des Staats häufig besprochen und dabei Seitens der königl. Staatsregierung erklärt worden, daß die Erhaltung der Akademie neben der Greifswalder Universität keineswegs beabsichtigt werde. Die Commission hält aber eine baldige Entscheidung für im allseitigen Interesse begründet.

Minister Dr. Friedenthal: Die Entscheidung in dem gewünschten Sinne steht unmittelbar bevor, die Aufhebung der Akademie wird noch in diesem Jahre erfolgen. Auch habe ich persönlich den Wunsch, daß in Eldena an Stelle des bisherigen Anstalt eine landwirtschaftliche Mittelschule trete.

Die Entscheidung hierüber hängt aber nicht von mir allein ab, sondern von provinzialen Organen. Verhandlungen sind in dieser Richtung bereits eingeleitet, ich hoffe im nächsten Etat Ihnen den Abschluß vorlegen zu können.

Abg. v. d. Golz will eine baldige Erledigung über das Schicksal der Akademie Eldena herbeiführen, aber die Errichtung einer landwirtschaftlichen Mittelschule in Eldena nicht in die Beschlußfassung aufgenommen sehen, um kein Präjudiz für die Errichtung der letzteren Anstalt in Eldena zu schaffen.

Eldena hat für eine landwirtschaftliche Mittelschule keine günstige Lage für den Theil Pommerns östlich an der Oder und würde es sich deshalb eventuell empfehlen, noch eine zweite in Hinterpommern zu errichten.

Abg. Schmidt (Stettin) empfiehlt dagegen die Annahme des Commissions-Antrages, da eine Anstalt in Vorpommern für den östlichen Theil Hinterpommerns und umgekehrt im Sinne des Abg. v. d. Golz gleich ungünstig liegen würde. Eldena liegt in der Nähe von Greifswald, leichter an der Bahn, und könnten deshalb auch Schüler dahin bequem kommen. Die Gebäude, Gärten, Ländereien von Eldena, manche Lehrmittel würden die Kosten für die neue Anstalt wesentlich ermäßigen. Abg. Wendorff beflügelt das unabsehbare Schicksal der Aufhebung von Eldena, das sich nicht mehr abwenden lasse, und empfiehlt er ebenfalls Eldena zur Anlage einer landwirtschaftlichen Mittelschule.

Der Referent tut dasselbe und tritt das Haus dem Commissions-Antrag bei.

Über eine Reihe anderer Petitionen von rein lokalem Interesse beschließt das Haus ohne Debatte den Vorschlägen der Commission gemäß.

Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr. (Zweite Lesung der Synodalordnung.) Schlüß 1½ Uhr.

Berlin, 3. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Superintendenten und Oberpfarrer emeritus Bauer zu Brandenburg a. d. Rothen Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife; dem Bürgermeister Königsfeld zu Mettmann den Rothen Adlerorden 4. Klasse; dem Professor und Gymnasial-Oberlehrer a. D. Dr. phil. Hering zu Stettin den Königl. Kronenorden 3. Klasse; dem Gutsbesitzer August Brause sen. zu Dederstadt im Mansfelder Seekreise den Königlichen Kronenorden 4. Klasse; sowie dem pensionierten Polizei-Wachtmeister Ferdinand Lehmann und dem Stadt-Nachtwächter Wilhelm Seifert, beide zu Berlin, das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Am Gymnasium in Glücksburg ist der ordentliche Lehrer Dr. Theodor Baumgärtner zum Oberlehrer befördert worden. An der höheren Bürgerschule in Papenburg ist die Ernennung des ordentlichen Lehrers Dr. Gustav Overholzhaus zum Oberlehrer genehmigt worden. Der bisherige Hilfslehrer Speer am Seminar zu Reichenbach O. L. ist als ordentlicher Lehrer am Seminar zu Sagan angestellt und der Lehrer Sieber zu Hermsdorf u. K. als Hilfslehrer an das Seminar zu Reichenbach O. L. berufen worden. — Der praktische Arzt Dr. Gütler zu Hannover ist zum Kreis-Bundarzt des Landkreises Hannover ernannt worden.

Berlin, 3. Mai. [Se. Kaiserliche und Königliche Hofkunst-Kronympfung] begleitet sich gestern Nachmittag 1½ Uhr, begleitet von dem persönlichen Adjutanten, Major von Liebenau, zur Auerbahn-Jagd nach Forsthaus Grünhaus und kehrte heute Mittags 1 Uhr wieder hierher zurück. Um zwei Uhr besuchte Höchstselbe die Mastviehhäusstellung in den Hallen des Berliner Viehmarktes und fuhr Nachmittags 3½ Uhr, begleitet vom Oberst Mischke, nach dem neuen Palais bei Potsdam, wohin seit gestern der Kronprinzliche Hof übergesiedelt ist. (Reichsbank.)

○ Berlin, 3. Mai. [Die Abstimmung über die Eisenbahvorlagen. — Das Herrenhaus. — Bismarck. — Graf Andrassy.]

— Die künftige Organisation des Reichskanzleramts. — Es wird allgemein anerkannt, daß die Abst

man hört, älteren Datums als das Abschiedsgesuch. Der Minister will in den letzten Tagen d. Mis. lediglich zu dem Zwecke hierher kommen, um die Geschäfte seinem Nachfolger zu übergeben. Inzwischen werden die Verhandlungen über die anderweitige Geschäftsteilung im Reichskanzleramt in der von uns angegebenen Richtung fortgeführt. Für die Besetzung des Abtheilungs-Chess für Elsaß-Lothringen wird der Name des jetzigen Ober-Präsidenten in den Reichslanden v. Möller vielleicht nicht in Frage kommen, da dieser Beamte theils nicht geneigt sein soll, nach Berlin zu gehen, theils aber auch wegen sehr angegriffener Gesundheit gernheit ist, sich große Schonung aufzuerlegen. Wenn somit die Person des jetzigen Directors im Reichskanzleramt, Geh. Rath Herzog, mehr in den Vordergrund tritt, so hört man außer ihm die Namen des Oberpräsidenten von Hannover, Grafen Euleburg, des Bezirkspräsidenten von Puttkamer u. A. für einen oder den anderen freiwerdenden hohen Verwaltungsposten nennen. — Die Justizkommission des Reichstages, welche gestern Abend ihre Arbeiten wieder begonnen hat, wendet sich nunmehr zunächst der Civilprozeßordnung zu. Es ist nur doch eine Form gefunden worden, um dem unabsehbaren Bedürfnis zu genügen, die Entscheidungen des Bundesrates schriftlich zum Gegenstand der Commissionsberatung zu machen. Verschiedene Mitglieder der Commission haben es übernommen, diese Entscheidungen als ihre Anträge einzubringen. Augenblicklich scheint es in mancher Beziehung sehr schwierig, zu einer Vereinigung zwischen der Commission und dem Bundesrathe zu gelangen, doch glaubt man, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. — Das Erscheinen der Vorlage über Ummwandlung des Reichshaus in eine Ruhmeshalle hat im Abgeordnetenhaus um so mehr überrascht, als sämtliche ministeriellen Blätter, unter Vortritt der „Nord. Allg. Zeitung“, noch vor ganz kurzer Zeit versichert hatten, die Vorlage werde in dieser Session nicht mehr eingebraucht werden. Von unterrichteter Seite wurde diese Mitteilung dahin commentirt, daß die Vertagung der Angelegenheit mit den Bewilligungen zusammenhänge, welche man vom Landtag für Aufhilfe der Bevölkerung in den durch Überschwemmung u. c. heimgesuchten Gegenden gefordert werden sollten. Wenn nun trotz alledem jetzt diese Vorlage eingebraucht wird, welche die Bewilligung einer Summe von 6 Millionen Mark (2 Millionen Thaler) erforderlich macht, so nimmt man in parlamentarischen Kreisen an, daß einerseits eine geringere Summe, als man anfänglich dachte, für die Landeskalamitäten nötig sein möchte und andererseits das neueste Resultat der finanziellen Erhebungen zu den veränderten Entschließungen der Regierung geführt haben möchten.

[Se. Majestät der Kaiser] hat, wie das „Tageblatt“ hört, einen eigenhändiglichen, vier Seiten langen Brief an den Staatsminister Delbrück gerichtet, in welchem er dem verdienten Staatsmannen in den schmeichelhaftesten Ausdrücken seinen kaiserlichen Dank für dessen dem Reich geleisteten Dienste ausspricht und damit die Hoffnung verknüpft, daß Delbrück's Ausscheiden aus dem Reichsdienste nur ein zeitweiliges sein werde. Eine besondere Auszeichnung soll Herrn Delbrück noch bevorstehen, wenn er, von seiner Reise zurückgekehrt, die Geschäfte seinem Amtsnachfolger übergeben wird.

Hamm, 2. Mai. [Westfälischer Städetag.] Von 11 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Nachmittags tagte gestern hier unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Becker (Dortmund) ein außerordentlicher westfälischer Städetag zur Beratung des Entwurfs der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen. Auf demselben waren sämtliche westfälische Städte bis auf wenige ganz unbedeutende durch 85 stimmberechtigte Mitglieder vertreten. Von den wichtigsten Beschlüssen heben wir folgende hervor: Das allgemeine gleiche Wahlrecht wurde zwar bei namentlicher Abstimmung mit 54 gegen 31 Stimmen verworfen, dafür aber bei dem Dreiklassen-Wahlsystem Jeder für wahlberechtigt erklärt, der überhaupt Communalsteuer oder, falls solche nicht erhoben wird, Staatssteuer bezahlt. Außerdem sollen der ersten Klasse mindestens ein Schößel, der zweiten Klasse mindestens zwei Schößel der Wähler angehören und eventuell die fehlenden Wähler aus den höchsten bewerteten der nächstfolgenden Klasse entnommen werden. Das Wahlrecht der Forenalen und juristischen Personen wurde vollständig gestrichen. Über die Einführung der Bürgermeisterei-Beschaffung oder die Beibehaltung der Magistrats-Beschaffung beschließen beide städtische Behörden getrennt. Bis ein übereinstimmender Beschluß zu Stande gekommen ist, bleibt es bei der bisherigen Beschaffung. In allen sonstigen Differenzfällen kann jedes Collegium auf gemeinsame Beratung antragen. Dieselbe erfolgt unter dem Vorsitz des Bürgermeisters; die Mitglieder beider Collegen stimmen dabei durcheinander. Die Polizei wird vom Magistrat geführt, der für die Execution ein Mitglied zu delegiren hat. Das Aufsichtsrecht des Landrats ist zu be seitigen. Alle Städte über 10,000 Seelen haben das Recht, aus dem Kreisverbande auszuscheiden. Der Minister des Innern kann auch kleineren Städten dieses Recht nach Anhörung des Kreisausschusses, Bezirks- und Provinzialräths verleihen. Die jetzigen Stadtverordneten bleiben auch bei Einführung der neuen Städteordnung im Amt, bis ihre Wahlperiode abgelaufen ist. Es ist dringend erwünscht, daß die neue Städteordnung die ganze Monarchie umfaßt und noch in dieser Session des Landtages zur Annahme gelange. Die Vertretung des Städetages auf der Delegierten-Conferenz aller Städte in Berlin wurde dem Vorstand überlassen.

Wiesbaden, 2. Mai. [Explosion.] Über die schon telegraphisch gemeldete Dampfessel-Explosion bringt der „Rhein. Cour.“ folgende Mitteilungen: Rüdesheim, 30. April. „Heute Nachmittag ½ Uhr, als eben das kleine Dampfboot, welches die Verbindung zwischen Bingen und Bingen unterhält, abfahren wollte, explodierte der Dampfessel. Das Schiffchen wurde gänzlich zertrümmernt. Die Trümmer, darunter große Eisenstücke, flogen über den Eisenbahndamm und über die Straße bis weit in Gärten und Weinberge. Die Fenster auf der Vorderseite der gräßlich v. Ingelheim'schen Burg sind zum Teile zerstört. Auf dem Boot befanden sich ungefähr 40 Personen, von denen nur etliche 20 gerettet werden konnten. Das Jammergeschehen der Unglückslichen war furchtbar. Bis jetzt, Abends 7 Uhr, sind fünf Leichen aufgefunden, darunter der Heizer der Machine und Käfer Kremer, dessen Frau und zwei Kinder gerettet wurden. Nach eben eingegangener Nachricht findet die Begegnung des Kaisers und der Kaiserin wegen des Unglücks nicht hier, sondern in Lorch statt.“ — Eine zweite Mitteilung lautet: „Zur Schiffskatastrophe kann noch Folgendes mitgetheilt werden: Durch das Zerpringen des Kessels wurde das Schiffchen — ein altes Fahrzeug, das längst außer Dienst gestellt werden sollte und Eigentum eines Binger Schiffers war — in zwei Theile zerrissen. Der Kessel flog ans Land, der Mantel desselben wurde circa 200 Fuß weit in den Garten der Sturm'schen Weinhandlung geschleudert. Das Hintertheil des Schiffes sank sofort mit allen darauf befindlichen Personen, während das Vordertheil einige Hunderte Schritte abwärts trieb und dann gelandet wurde. Es befanden sich darauf etwa 15 Personen, darunter Oberamtmüller Klein Schmidt mit seinen beiden Kindern, welche sämtlich gerettet wurden. Oberamtmüller Antes, welchem dem Gerüchte zufolge ein Arm weggerissen sein sollte, hat sich gar nicht auf dem Schiffe befunden. Der größte Theil der Passagiere waren Leute aus Rüdesheim und Geisenheim; ihre Zahl ist im Augenblicke noch unmöglich festzustellen und wird von den Geretteten verschieden auf 40-60 geschätzt. Von den Letzteren sind mehrere lebensgefährlich verletzt. — Eine dritte Notiz lautet: „Auf der Privatdampffähre befanden sich im Augenblicke der Explosion gestern etwa 50 Personen, darunter 25 Rüdesheimer; 5 davon sind bis jetzt tot gelandet, nämlich Carl und Franz Siegfried aus Geisenheim, Josef Kremer aus Rüdesheim, der Heizer des Schiffchens, Josef Delabaye aus Bingen, und die achzehnjährige Luisa Nadelstaß aus Geisenheim in Preußen. Vermisst werden die Bahnwärtin Frau Scholle und das vierjährige Löchterchen des Josef Kremer in Rüdesheim, ferner der Schreiner Caspar Fröhlich aus Geisenheim. Schwere Brand-

wunden haben davon getragen Heinrich Fröhlich, der Wagner Franz Medel und der Küfer Carl Müller, alle aus Geisenheim, ferner Michael Coopers und Frau aus Ebingen, sowie Michael Strupp und Sohn aus Alzhausen. Der Kessel liegt an der Landungsbrücke im Rhein, der Mantel des Kessels wurde 150 Schritt weit geschleudert über den Bahnhof hinweg in den Weinberg von J. B. Sturm. Eine Fahrlässigkeit des Heizers liegt nicht vor, wohl aber ist die Schulde an dem Unglück der schlechten Reparatur des dünnen Kessels anzuschreiben. Herr Staatsanwalt Moritz aus Wiesbaden leitet hier die Untersuchung.“

Wiesbaden, 3. Mai. [Se. Majestät der Kaiser,] der König von Belgien, der Graf von Flandern und der Landgraf von Hessen nahmen an der heutigen Corsofahrt Theil. Zu dem heutigen Abendsbüder bei Sr. Majestät sind an alle hier anwesenden Fürstlichkeiten Einladungen ergangen. Se. Majestät der Kaiser tritt morgen früh um 9 Uhr die Rückreise nach Berlin an.

Köln, 3. Mai. [Freisprechung.] In dem Prozeß der Gesellschaft Germania in Köln ist heute die Freisprechung des Directors Neuerburg in Köln erfolgt. Gegen diejenigen Personen, die an dem verstorbenen Verwaltungsrathe von Kaufmann-Affer in dieser Angelegenheit Erpressungen versucht hatten, ist eine Untersuchung eingeleitet und haben bereits Zeugenvornehmungen stattgefunden.

Frankreich.

Paris, 1. Mai. [Deputirtenwahlen. — Aus Algier. — Ministerielle. — Zur Amnestiefrage. — Aus der Gemälde-Ausstellung.] Pascal-Duprat ist gestern im 17. Pariser Bezirk zum Deputirten gewählt worden, aber nur mit geringer Mehrheit. Er erhielt 6005 Stimmen, sein Gegen-Candidat, der Graveur Chabert, hatte deren 5578. Diesen relativen Erfolg verdankte Chabert einem bemerkenswerthen Nedertalent, das er in den öffentlichen Versammlungen an den Tag gelegt hat. Der dritte Candidat Després, ein Bonapartist, blieb mit 2529 Stimmen im Hintertreffen. Auch in den beiden Provinzialbezirken, deren Wähler gestern berufen waren, ist den Republikanern der Sieg zu Theil geworden. In Bordeaux wurde der frühere Abgeordnete Simiot mit 6434 Stimmen wiedergewählt; er hatte übrigens nur einen Nebenbuhler, welcher derselben Partei angehört. In Saint-Amand (Cher) endlich unterlag der reactionäre Saint-Sauveur, der vor 14 Tagen die meisten Stimmen gehabt hatte, seinem republikanischen Gegner Rosset. Je weiter also die Ereignisse fortschreiten, um so deutlicher zeigt sich die allgemeine Tendenz des öffentlichen Stimmrechts. Zunächst sind jetzt, am 14. d. die Wahlen in Corsika zu vollziehen. Der Prinz Ferdinand hat definitiv seine

Candidatur in Ajaccio aufgestellt und einer der Abbatucci, Charles oder Severin, wird ihm entgegentreten. In Bastia machen de Corsi und der ehemalige Senator Gasbiana sich den Rang streitig. — Aus Algier wird gemeldet, daß der Aufstand der Bon-Agide unterdrückt worden. Der Marshall-Präsident hat durch den General Chantz den General Cartier und seine Truppen beglückwünschen lassen. Die Nachricht von dem entscheidenden Siege kam hier ziemlich unerwartet. Die „Liberté“ brachte gestern noch einen Brief, wonach die französischen Truppen sich hätten überraschen lassen. Sie hätten dabei mehrere Kanonen eingefüßt. Der „Independent“ von Constantine seinerseits meldete, daß die Intendantur hätte ein Husarenregiment 24 Stunden lang alle Lebensmittel entbehren lassen, und erst heute knüpfte die „France“ an diese Berichte sehr entrüstete Betrachtungen über die nachlässige Wirthschaft, die in der Armeeverwaltung noch immer herrsche. — Ricard hat für Donnerstag seine Rückkehr angekündigt; die Hauptgeschäfte im Ministerium des Innern leitet noch sordauernd de Marcere, der heute, wie es heißt, mit Dufaure eine Befreiung über die Amnestiefrage hatte. Einige Blätter leugnen, daß die Minister geneigt seien, sich den Verjährungs-Antrag Ricard's gefallen zu lassen. Eben heute macht der „Kappel“ eine Thatsache bekannt, welche diesem Verjährungs-Antrag leicht Anhänger zuführen könnte. Er erzählt, daß ein gewisser Merlet vom Kriegsgericht in den letzten Tagen zur Deportation in eine bestellte Umwallung verurtheilt worden; er hatte keinerlei Verbrechen gegen das gemeine Recht begangen und der öffentliche Ankläger selbst erkannte das Vorhandensein mildernder Umstände an. Die Schuld des Angeklagten bestand darin, daß er in einem der aufständischen Bataillone Offizier gewesen. Nun haben die Minister erklärt, daß solche Verurtheilungen nicht mehr vorkommen sollen, und der Paris'sche Bericht über den Amnestie-Antrag versichert, daß sie schon aufgehoben haben. Das Kriegsgericht giebt also diesen offiziellen Versicherungen ein Dementi und die Linke dürfte mehr als je den Wunsch hegen, derartigen Procesen, die zu spät kommen, durch die Verjährung ein gesetzliches Ende zu machen. — Die Gemälde-Ausstellung ist heute eröffnet worden. Gestern, am Tage des „vernissage“, war das Gedränge so groß, daß sich kaum durchdringen ließ. Der Katalog enthält 4033 Nummern, von denen 2095 der Malerei und 622 der Bildhauerei angehören. Die anderen Werke sind Zeichnungen, Sätze u. s. w. Der Gesamteinindruck des Salons steht nicht über demjenigen der letzten Jahre; die Landschaftsmalerei scheint eher ein wenig in der Abnahme begriffen, ohne daß die Historienmalerei dabei gewonnen hätte. Das Genre jeder Art ist stark vertreten. Als Merkwürdigkeit verdient hervorgehoben zu werden, daß zwei der interessantesten Bilder von Bildhauern gemalt sind. Falguière, der schon im vorigen Jahre „zwei Ringer“, ein sehr charakteristisches Bild, ausstellte, bringt diesmal einen „Kain und Abel“, sein Kunsgenosse Dubois, zum ersten Male als Maler aufstrebend, sehr gelungene Kinder-Porträts. Die Porträts zählen übrigens nach Hunderten und namenlich Sarah Bernhardt vom Theatre français ist zu wiederholten Malen abgezeichnet. Carolus Duran hat ein schönes Porträt G. de Girardin's ausgestellt, Munkacsy ein sehr hübsches Bild seines Ateliers mit seinem eigenen Porträt, weit weniger dunkel gehalten, als seine früheren Gemälde. Im militärischen Genre zeichnete sich wieder Details durch ein Vorpostengefecht aus.

Spanien.

Madrid, 24. April. [Die Vorlagen des Finanz-Ministers.] welche in der vorigestrigen Sitzung des Congresses zur Verlesung kamen und etwa zwei Stunden später den spanischen Vertretern in Paris und London durch den Telegraphen mitgetheilt worden waren, haben sowohl in der Kammer als auch außerhalb einen wenig günstigen Eindruck gemacht. An der Börse, schreibt man der „R. 3.“, sank die dreiprozentige consolidierte Schuld noch an demselben Tage auf 15,20, was die öffentliche Meinung sehr erregte. In einer so wichtigen Frage, die bei oberflächlicher Betrachtung nur zu leicht eine übertriebene unrichtige Auffassung zuläßt, sollte man sich indessen nicht von dem Eindruck des ersten Augenblickes hinreissen lassen. Es ist geradezu unverzeihlich, daß die Deputirten der Mehrheit so wenig Kritikfähigkeit an den Tag legten und dadurch der ganzen Sache ein weit schlimmeres Aussehen verliehen, als sie wirklich hat. Das war ein Klagen, Protestieren, Drohen mit Opposition, daß man an die Nothwendigkeit einer Auflösung hätte glauben können, wenn man die mächtigen Mittel aus den Augen gelassen, die der Regierung zu Verfügung stehen, um die Kammermehrheit im Bügel zu halten. Und stellen sich nicht die Vertreter der Nation ein schlechtes Zeugnis dadurch aus, daß sie sich über das Finanzwesen eitelen Selbstlügen hingeben? Die finanzielle Lage Spaniens ist eine höchst unerquickliche. Die seit der am 20. September 1873 geschlossenen Legislatur

rasch aufeinander gefolgten Regierungen haben ohne Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften, gedrängt durch die Bedürfnisse zweier Bürgerkriege, in der planlosen Art gewirtschaftet. Der Staat ist verantwortlich für alle Verpflichtungen, die seit diesem Zeitpunkte von den Regierungen eingegangen worden, und darum tritt der jetzige Finanz-Minister entschlossen an die schwierige Aufgabe heran. Eine genaue Darlegung des Sachverhalts, wie sie Herr Salaverry geben sollte, wenigstens diejenigen nicht abschrecken, die an dem jetzigen Zustand mithilfbar sind. Die ungeheure Höhe der gesamten Staats-schuld, 13,304 Millionen Pesetas, macht selbstverständlich die außergewöhnlichsten Maßregeln nothwendig. Es kommt daher weder hier noch im Auslande Aufsehen erregen, daß einstweilen nur ein Drittel der Zinsen bezahlt werden soll. Ob nun gerade die vorgeschlagenen Mittel zur Erhöhung der Einnahmen die richtigen sind, darüber läßt sich nicht voreilig urtheilen. Es scheint, daß Herr Salaverry an den Gehältern der bürgerlichen Staatsbeamten allzuviel abgezogen hat, während den Militärs keinerlei neue Opfer zugemutet werden und es dem Clerus gar freigestellt sein soll, auf ein Viertel seiner Ansprüche zu verzichten. Der vaterländische Sinn der Diener der Kirche wird da auf eine harte Probe gestellt, die man besser vermieden hätte. Doch über alles dieses werden die Cortes zu Gericht sitzen; es wird an Reden und Auseinandersetzungen nicht fehlen, aber die Vorlagen werden schließlich ohne große Veränderung angenommen werden. Die Kammer führt fort, sich mit dem Verfassungsentwurf zu beschäftigen. Leon y Castilla und Victor Balaguer von der Linken gingen vorgestern und heute für ein liberales parlamentarisches Königthum in's Zeug und verdammten die Dictatur und die Politik des Cabinets. Da man die Berathung des Budgets nicht hinausschieben will, so werden voraussichtlich Nachsitzungen stattfinden.

Großbritannien.

A. A. C. London, 1. Mai. [Gibraltar.] Die Aufmerksamkeit des Parlaments wird in Kürze auf den Stand der Dinge in Gibraltar gelenkt werden. Gegenwärtig wird der „Felsen“ hauptsächlich als ein militärisches Depot und für die Fabrikation von Havana-Cigarren benutzt. Die Regierung in Gibraltar ist ein militärischer Despotismus, und unter den zuletzt promulgirten Decreten befindet sich eines, welches verheiratheten Civilisten verbietet, innerhalb des militärischen Viertels zu wohnen. Eine Heirath annuliert die gewährte Erlaubnis auf dem „Felsen“ zu bleiben, und droht beide Parteien nach dem spanischen Festlande zu verziehen. Der Clerus beläuft indessen eine Bestimmung, welche dazu angehört ist, die Sittenlosigkeit zu ermuntern, und der Colonial-Secretär hat unlängst eine Commission zur Untersuchung der Angelegenheit niedergesetzt.

[Helgoland.] Zu den Erörterungen über die Verfassung von Helgoland, welche in jüngster Zeit im Oberhaufe und in englischen und deutschen Blättern geschildert wurden, kommt nun noch das Schreiben eines auf Helgoland wohnenden Breuher an die „Times“. Dasselbe bezweckt eine Entrüstung der von Herrn Dr. Detter in der „Königlichen Zeitung“ gemachten Angaben und eine unparteiische Darstellung der wirklichen Zustände auf der Insel. „A. Prussian“ — sozeichnet der Verfasser des Schreibens an die „Times“ — stellt nicht in Abrede, daß er die Gefühle seiner Landsleute mit Bezug auf die „Perle der Nordsee“ teilt; aber er fühlt sich im Interesse der Wahrheit und der deutschen Presse, die er nicht gern falsch berichtet sieht, gedrungen, zu constatiren, daß die Helgoländer nicht das leiseste Verlangen gegen von England an Deutschland überzugehen, daß ihre Rechte und Privilegien von England nicht mit Füßen getreten werden, denn die ihnen genommenen Rechte seien gleichbedeutend mit Spielbanken und Strandrecht — und daß sie nicht gegen ihren Willen und hart, sondern verhältnismäßig sehr leicht und von einem aus Helgoländern bestehenden Amt besteuert werden. Kurz und gut, Despotismus und Unzufriedenheit ist den Bewohnern der Norderpeile nur aus den Zeitungen bekannt, und wenn es ja doch einige Unzufriedene giebt, so fehlen diese eben nirgends auf der ganzen Welt.

[Die Königin.] Sie feiert vorgestern zu Windsor eine Sitzung des Geheimen Staatsräths ab, wobei der Afrikareisende, Lieutenant Cameron, der Monarchen vorgesetzt und von ihr mit den Insignien eines Ritters des Bathordens belohnt wurde.

Provinzial-Bericht.

Breslau, 3. Mai. [Verein zur Hebung der Bienenzucht.] Unter dem Vorsitz des Dr. Fehn. v. Rothschütz wurde Montag den 1. Mai die monatliche Versammlung unter reger Beteiligung der Mitglieder im Restaurant Bed, Neue Gasse, abgehalten. Der Vorsitzende berührte kurz die Arbeiten des Büchers im April und kommt zu denen des Mai. Die Haupt-sächlichsten sind das Ablegermachen oder das Bilden der Kunstschwärme und das Einfangen der natürlichen Schwärme, die unter günstigen Umständen häufig in diesem Monat kommen. Er erinnert, daß nicht eher mit dem Theil der Völker begonnen werden darf, bevor diese nicht die erforderliche Stärke erlangt haben. Die Arten des Ablegermachens sind verschieden, je nachdem der Imker im Besitz von vorräthigen Königinen oder Weibzellen ist. Herr Lieze empfiehlt die nötigen Königinen sich vorher in kleinen Buchstöcken mit nur wenigen Bienen zu ziehen und damit bald zu beginnen, ferner die Brutwaben mit den darauf sitzenden Bienen mehreren Völkern zu entnehmen. Auf die im Mai häufig eintretende Räuberer aufmerksam machend, giebt er als ein von ihm mit gutem Erfolge versuchtes Gegenmittel den Moschus an, welchen man dem angefallenen Volle des Abends in den Stock legt und dessen Geruch die Räuber verschreckt. Herr Wolf verliest dann den ihm von den letzten Versammlungen aufgetragenen Entwurf einer Petition des Vereins an die Minister des Cultus und der Landwirthschaft, um Einführung der Bienenzucht als obligatorischen Lehrgegenstand an den Seminaren und Schulen. Hieran entspricht sich eine lebhafte Debatte und wurde schließlich eine Commission, bestehend aus den Herren v. Rothschütz, Wolf, Leue und Pult gewählt, die diese Petition weiter ausarbeiten und an ihre Adresse befördern wird. Sonntag, den 21. d. M. Nachmittags 3 Uhr, besucht der Verein den Bienenstand des Mitgliedes Herrn Peuckert, Klosterstraße 37. Sollte das Weiter an diesem Tage ungünstig sein, so findet die Exkurson den darauf folgenden Sonntag statt. Die nächste Versammlung findet der Pfingstfeiertage wegen schon Donnerstag den 1. Juni im Vereinslokal statt.

d. Breslau, 3. Mai. [Beizirkverein der Schwedisher-Vorstadt.] Die am 2. Mai cr. gehaltene Versammlung eröffnete der Vorsteher, Oberamtmann und Stadtverordneter Kemper, mit der Mitteilung, daß das Polizeipräsidium auf ein Gesuch des Vereins, an der Ecke der Sadow- und Löhestraße einen Schutzmannsplatz zu etablieren, dahin erwidert habe, für einen stehenden Posten fehle es an Mannschaften, daß 9. Polizei-Commissariat sei aber angewiesen, die bezeichnete Stelle besonders im Auge zu behalten und abzupatrouillieren. — Herr Dr. med. Dreyfus hielt demnächst einen Vortrag über das Thema: „Welchen Einfluß übt die moderne Cultur und Industrie auf die Gesundheit?“ Dem Vortragenden, dessen fesselnde Auseinandersetzungen von einem sorgfältigen Studium des Einflusses der modernen Industriebetriebe auf die Gesundheit der arbeitenden Massen, sowie von einem offenen Blick in die städtischen Verhältnisse großer Städte zeugten, wurde lebhafte Beifall und Dankesbezeugung durch Erheben von den Plätzen zu Theil. — Es wurde hierauf beschlossen, an die städtischen Behörden eine Petition um Errichtung eines städtischen Deposital-Amtes zur Aufbewahrung von Mündelgeldern zu richten. — Im Fragestand befanden sich allein vier Fragen, welche sich gegen die Erhöhung des Eintrittspreises im zoologischen Garten, sowie gegen die Art und Weise des Abonnements mit Photogrammen aussprachen. Nach einer längeren Debatte stellte und wider die Erhöhung des Eintrittspreises wurde beschlossen, der Direction des zoologischen Gartens zur Kenntnis zu bringen, daß der Verein die Erhöhung des Eintrittspreises in den zoologischen Garten weder für den Garten noch das Publikum für erträglich halte. Sollte jedoch die Direction bei der Erhöhung stehen bleiben, so würde es sich wenigstens empfehlen, Bonds mit 33½ % Ermäßigung auszugeben.

Breslau, 4. Mai. Angekommen: Se. Hoheit Friedrich Herzog zu Schleswig-Holstein-Augustenburg a. Schloss Primkenau. Se. Excellenz v. Richter, Generalleut. a. Berlin. Dr. Herz, Consul, n. Frau a. Wien. Se. Durchlaucht Fürst v. Hatzfeld-Trachenberg, freier Standesherr aus Trachenberg. (Fremdbl.)

Warmbrunn, 2. Mai. Beginn der Saison. — Vegetation. Bei der gestern am 1. Mai erfolgten Eröffnung der hiesigen Badeaisen hatten sich doch schon einige Badegäste eingefunden. Die Witterung war gegen die vorjährige mild zu nennen. Am Sonntage fand auch die Wiedereröffnung der Restauration des jetzt von ihr getrennten Warmbrunner Brauerei-Etablissements mit einem außerordentlich zahlreich besuchten Concert

in dem über Jahr und Tag leer gewesenen Saale statt. Auch mehrere Touristen hatten sich unter den Concertfreunden eingefunden, welche es in den nächsten Tagen wagen wollten, wenigstens einen Theil der noch immer mit bedeutenden Schneeläden bedeckten Kämme des Hochgebirges zu beschreiten. — Die Vegetation ist in den letzten Wochen des eben von uns geschiedenen Aprilmonats auffallend vorgezogen. Buchen und Birken tragen bereits ihr frischgrünes Laubkleid und die Nadelwaldung streut ihre jungen Triebe gleich goldenem Spaten aus ihrem dunklen Waldgrün unter den Strahlen der Frühlingssonne herbor, die zu guter Stunde bestellte Frühjahrszeit feiert lustig empor und die bereits mit reichem Graswuchs und zahlreichen Frühlingsblumen geschmückten Wiesen scheinen dem lange der Einsbehrung preisgegebenen Viehstande des Gebirges in Kürze einen gesegneten und idyllischen ersten Grässchnitt zu sichern, der junge Klee sprout von Tag zu Tag immer dichter und seftiger hervor und in den wohl gepflegten Gärten sprießen Strauße von Leberblümchen, Pimpernellen, Hyazinthen, Auriculas, Crocus, Märzenbechern und Tulpen, wie sie in solcher Fülle nur in seltenen Fahrgängen vorherrschen waren. Der eben gewichene April scheint jedoch dem holden Mai noch eine kleine Erblichkeit seiner Veränderlichkeit hinterlassen zu haben; denn noch den mit ziemlicher Sicherheit am Gebirge seit Jahren beobachteten Weiterzeichnen wird erst mit dem Dienstag, 6. Mai eine beständige Frühlingswitterung eintreten. Wir hatten gestern in den Nachmittagsstunden im Gegensatz zu den weisslichen Windwölfen, die teilweise den Himmel bedeckten, ein so tiefes Blau desselben, wie es nur der Himmel Italiens bieten kann. Dies deutet hier im Gebirge nicht bloss die klarste Luft an, darum erschien denn auch das Hochgebirge auf einige Zeit in solcher Klarheit, daß man mit einem guten Glase die Bewohner der Hämelpaube in ihrer häuslichen Arbeit beobachten konnte, sondern auch noch fernere Witterungswechsel.

■ Jauer, 2. Mai. [Bur Tagesschreit.] Beaufsichtigung des hier garnisonirenden zweiten Bataillons des 19. Infanterie-Regiments werden am 11. d. Mts. der commandirende General des V. Armeecorps, d. Kirchbach, der Brigade-Commandeur v. Basse und der Divisions-Commandeur v. Rauch hier eintreffen. Am 15. d. M. beginnen sodann die Uebungen der Landwehrmannschaften des diesseitigen Bataillons, welche bis zum 27. dauern werden. Hierzu werden schon am 14. eingezogen 6 Offiziere, 37 Unteroffiziere, 2 Lazarettgehilfen und 336 Gemeine aus den Fahrgängen 1865, 1866 und 1867. — Die in dem Dorfe Politzsch neu errichtete Präparandenaanstalt des Pastor Rauche und Cantor Kuhn ist an Ostermit 7 Bürglingen eröffnet worden.

■ Görlitz, 2. Mai. [Tagesschreit.] Anlässlich der in jüngster Zeit im biesigen Stadt- und Labander Walde verübten Raubansätze hat die biesige Polizei die umfassendsten Vorkehrungen getroffen, um dem Raubgesindel das Handwerk zu legen. Heute Nacht wurde durch die biesige Polizei Organe unter Aufsicht der hier garnisonirenden Ulanen-Escadron, des biesigen Kriegervereins, der freiwilligen Feuerwehr u. einer Razzia im Stadt- und Labander Walde abgehalten. Der biesige Polizei-Commissarius Herr Smekowski war dieserhalb auch mit dem Herrn Amtsvorsteher in Gabitz in Verbindung getreten und hatte letzterer mit dem ihm zu Gebote stehenden Kräften zur verabredeten Stunde den Stadtmald jenseits der Eisenbahnlinie besetzt. Auf ein gegebenes Zeichen avancierte die Postenkette und es begann ein sogenanntes Kesselstreichen. In dem Stadtwalde wurden 4 Individuen festgenommen, darunter, wie wir hören, der berüchtigte Potyka. Die Identität der anderen drei Wegelagerer ist noch nicht festgestellt, doch läßt sich vermuten, daß aus dem einen der Strohiche sich ein schwerer Verbrecher entpuppen dürfte. Der Gedachte stellt sich stumm, nach seinem ganzen Benehmen zu urtheilen, dürfte derselbe jedoch nicht sprachlos sein. Hoffentlich wird das Räthsal bald gelöst werden. — Welches Resultat die Razzia auf der anderen Seite und zwar im Labander Forsten ergeben, haben wir zur Zeit noch nicht erfahren können.

Kattowitz, 30. April. [Generalversammlung der altkatholischen Gemeinde.] Die zahlreich besuchte Versammlung wurde um 4½ Uhr durch den Vorsitzenden, Bergsekretär Seidel, eröffnet. zunächst wird ein Antrag der altkathol. Gemeinde zu Pforzheim, betreffend die Gestaltung der Ehe für die Geistlichkeit, und ein anderer (von Lie. theol. Buchmann in Breslau, Pfarrer Dilger in Pforzheim, Pfarrer Grüner in Königswarberg, Kaplan Jaskomski in Breslau, Kaplan Sabermacher in Dortmund, Pfarrer Kampf in Thiengen, Pfarrverweser Hornau in Insterburg, Pfarrer Kaminski in Kattowitz, erwähltem Pfarrer Klemm in Hirschberg i. Schles., erwähltem Pfarrer Phyzla in Zell im Wiesental, Pfarrer Strulzberg in Breslau und von dem Universitätsprofessor Weber in Breslau unterzeichnet) Antrag folgenden Inhalts vorgelesen:

1.) Verheirathete Priester dürfen nur in solchen Gemeinden functioniren, welche sich einstimmig oder wenigstens mit zwei Drittel-Mehrheit in einer Generalversammlung damit einverstanden erklären.

2.) Die Synodal-Repräsentanz hat das Recht des Einspruchs, wo ihr sonst aus gewichtigen Gründen die Anstellung eines verheiratheten, resp. die Belassung eines herthaften Geistlichen nachträglich zu sein scheint. Gegen diesen Einspruch steht der betreffenden Gemeinde der Recurs an die nächste Synode, welche darüber in geheimer Abstimmung mit einfacher Mehrheit entscheidet, zu.

3.) Geistlichen, welche noch nicht ein Jahr in der altkatholischen Seelsorge dienen, darf der Ch.-Confess von keiner Gemeinde ertheilt werden. — Die Synodal-Repräsentanz wird beauftragt, sich Betreffs der Gestaltung der Priesterrechte unbeschadet der geistlichen Amtsrechte mit den einzelnen Regierungen in geeigneter Weise zu verständigen und darüber der nächsten Synode Bericht zu erstatten. In denjenigen Ländern, wo das Colibatsgesetz noch staatlich aufrecht erhalten wird, darf kein verheiratheter Geistlicher angestellt werden. — Indem die Synode die allgemeine Aufhebung des Colibatsgesetzes als möglich ansieht, verkennt sie nicht den hohen Werth der freiwillig erwählten und fleckenlos bewahrten jungfräulichen Keuschheit und empfiehlt dieselbe auf's Ernsteste Allen, welche glauben, daß ihnen von Gott die Gnade dazu gegeben sei. Im Hinblick auf die traurige religiöse Lage des Volkes bitte die Synode dringend alle geweihte Diener der Kirche, um Christi Willen das Ende des Colibats freiwillig weiter zu tragen und Allen Alles zu werden, um Alle Christo zu gewinnen."

Diese beiden Anträge sind sämmtlichen altkathol. Gemeinden zur Erwagung und respektiven Unterschreibung zugegangen. — Pfarrer Kaminski ist verdächtigt die beiden Anträge in drastischer und leicht verständlicher Weise den polnischen Gemeindemitgliedern.

Pfarrer Kaminski: „Ich bin nicht der Meinung, eine Einrichtung, die sich durch ihre lange Existenz dem Volke als unbedingt nothwendig eingeprägt hat, jetzt auf einmal fallen zu lassen. Wir müssen unsere Bewegung so viel wie möglich auszubreiten suchen und darum auch dem Vorurtheil Rechnung tragen. Der angestrehte Entschluß würde uns in den Augen der Menge als nicht mehr katholisch erscheinen lassen. Die Herren, von denen der Antrag ausgegangen ist, halten keine Erledigung ja selbst nicht für so dringend. Und nachdem die Synode im vorigen Jahre den Beschluss gefaßt hat, „so lange die gegenwärtigen Verhältnisse sich nicht wesentlich verändert hätten, eine Entscheidung über diesen Punkt zu vermeiden“, so halte ich es für nothig, ihre Beschlüsse aufrecht zu erhalten, da es nicht der Würde der Synode entspricht, ihre Beschlüsse so schnell fallen zu lassen. Erst dann, wenn die Bedingungen, welche die Synode gestellt hat, erfüllt sein, erst, wenn die Verhältnisse sich geändert haben werden, dann erst treten wir damit vor. Wir wollen nicht durch die Aufhebung des Colibats uns neue Priester verschaffen.“

Pfarrer Kaminski: „Ich wollte Anfangs, da die vorliegende Sache mich als Priester persönlich angeht, nicht misprechen, sehe mich aber doch gezwungen, Mißverständnisse zu befreiten. Der Colibat soll nicht aufgehoben werden, sondern nur der Colibatzwang. Der Herr Vorredner meinte, wir würden nach Aufhebung desselben nicht mehr für Katholiken gelten. Gelten wir es denn jetzt noch?? Welcher römische Bischof würde einen Altkatholiken für katholisch halten? Und was hat denn der Colibat mit der Unfehlbarkeit zu thun? Diese ist ein Dogma, jener nur eine disziplinarische Einrichtung. — Wir haben zwar keine bedeutenden Fortschritte in Betreff der Ausbildung, aber dürfen wir denn durch die Colibatzaufhebung darauf rechnen? Oder liegen wir nicht vielleicht nach 10 Jahren auf dem Aussterbe-Grat? Die Unfehlbarkeit ist abgethan, heut spricht kein vernünftiger Mensch mehr darüber. Wir müssen vorwärts gehen mit solchen Sachen, die uns auf den wahren Standpunkt des katholischen Geistes führen. Der Colibatzwang ist nicht katholisch, nicht christlich, ja überhaupt nicht menschlich, und alles Unchristliche soll ausgemerzt werden. Die Sache muß aber von der Person gänzlich getrennt werden: Wir wollen bloß den Zwang aufheben.“

Nedacteur Kolbert: „Ich richte an den Herrn Vorsitzenden die Frage, wozu die Debatte überhaupt soll?“ (Rufe: nothwendig, selbsterklärend!) Dilla: „Herr Kaminski hat mich ebenfalls nicht verstanden. Ich halte im Prinzip die Aufhebung des Colibats für vollständig berechtigt. Ich meine nur, diese Frage müsse man ruhen lassen wegen des Vorurtheils der Menge. Herr Kaminski meint, wenn wir nicht energisch vorgehen, geht unsere Sache zurück. Ich glaube das Gegenteil. Unsere Sache ist in der letzten Zeit sehr weit vorgegangen. Alle Geistlichen, welche von der Regierung Pfarrer übernommen haben, sind excommunicirt. Wenn sie noch keinen Anhang in

ihren Gemeinden haben, so werden sie ihn nach und nach doch gewinnen. Sie sind von Rom ausgestoßen und gehören zu uns, und werden sich in der nächsten Zeit wohl offen für uns erklären. Wenn wir aber in dieser Sache allzu energisch vorgehen, so schaden wir uns. Das es den Gemeinden anheimgefallen bleibt soll, unverheirathete oder verheirathete Priester anzustellen, würde unter uns selbst Zweifel errichten. Unsere Nachbargemeinde Gleiwitz wählt z. B. einen Unverheiratheten, wir in Kattowitz einen Verheiratheten. Wenn nun der Gleiwitzer Priester erkannt sollte, so würde sich die dortige Gemeinde eine Vertretung durch unseren verheiratheten Priester nicht gefallen lassen. Dieser Zweifel ist unserer Kirche zu erparen, in welcher ohnedies Einheit Noth thut. Den Besluß der vorjährigen Synode fallen zu lassen, halte ich für verfrüht.“

Bergmeister Möle: „Von den Aposteln war blos Paulus nicht verheirathet. Dies wird ihm sehr hoch angerechnet. — Meine Herren! Es gibt ja auch jetzt eine ganze Menge Laien, welche Hagefolze sind; sie haben kein Bedürfnis zum Heirathen gebaßt, sie werden aber ebenfalls, wie Paulus, den Ehestand für eine von Gott getroffene Einrichtung halten und hochherrschen. Welche Folgen der Colibat gehabt hat, beweist die Geschichte. Es gibt in vielen Fällen zur Unmoraltät; er ist eingeführt, um den Clerus zu isolieren, um ihn als etwas Besonders erscheinen zu lassen, als die übrigen Menschen; er ist eng verbunden mit der Ehrengilde; fällt diese, so muß auch jener fallen. Meint man, der Colibat müßte als eine althergebrachte Sache bleiben, so glaube ich, es ist gerade an der Zeit, Misgriffe zu befreiten. Die Maßregel, welche angestrebt wird, unverheirathete und verheirathete Priester anzustellen und dem Bischof die Bestätigung zu überlassen, ist falsch. Wir sagen einfach: Der Colibat ist etwas Schlechtes, darum verwerfen wir ihn.“ (Beifallsruhe.)

Dilla: Ich stelle folgenden Antrag: „In Anbetracht dessen, daß sich die Verhältnisse seit dem letzten Synodalbesluß nicht wesentlich verändert haben, beschließt die Kattowitzer Gemeinde, den Antrag, betreffend den Colibatzwang, bis auf Weiteres zu verzögern.“

Häuse I. verlangt die Zeit von einem Jahre für Vertragung des Beschlusses.

Kaminski: „Die Synode soll mit den Regierungen über diesen Punkt in Verhandlung treten und den Erfolg dieses Schrittes auf der nächsten Synode, also erst nach einem Jahre, bekannt machen. Der Antrag Häuse fällt somit. Ich verstehe jedoch in dem Antrage des Herrn Dr. Dilla den Ausdruck „wesentliche Veränderungen“ nicht (der in den Beschlüssen der letzten Synode ohne jede Erläuterung vorkommt). Uebrigens sind unsere Fortschritte schon handgreiflich; es sind Staatsgeiste beigetreten, infosofern sie von Rom ausgestoßen sind und ihnen nichts abrig bleibt, als sich zu uns zu beklernen. Dilla: „Die Staaten haben Rechten nicht anerkannt und haben nicht die Reigung verheirathete Priester anzustellen. In Österreich und Bayern dürfen keine Geistlichen verheirathet sein. Die Kirche, die wir gründen wollen (???) muss überall dieselbe sein. Mögen alle diese Schwierigkeiten erst gebrochen sein, mögen die Regierungen uns erst anerkennen — und treten wir dann auf mit dieser Blasphemie.“

Kaminski: „Dann kann ich sagen: Was nützt uns der Altkatholizismus, der nur an einzelnen Orten aufgetreten ist? Er hängt nicht von der Zahl ab, sondern von der Gesinnung; es ist eine Gewissenfrage, ob der Colibat gut oder schlecht ist. Er ist schlecht, folglich fort mit ihm.“

Vors. Seidel bringt den Antrag: „Die Kattowitzer Gemeinde ist der Ansicht, daß der Colibatzwang mit der Religion nichts zu schaffen hat. Sie erklärt sich für Aufhebung des Colibatzwanges und erucht die Synode in diesem Sinne vorzugehen.“

Antrag Dilla bekommt nur 9 Stimmen, alle übrigen erhält der Antrag Seidel, welcher dadurch angenommen ist.

Vors. Seidel: „Es handelt sich, m. h., um Beschildung der Synode, welche am 9. Juni in Bonn stattfinden wird. Ich bitte, dazu Vorschläge zu machen, bemerke aber ausdrücklich, daß die Gemeindekasse nicht in der Lage ist, irgend welche Reisemittel zu stellen.“

Da die Gemeinde, welche großenteils aus Arbeitern besteht, die Mittel zur Reise nicht aus der Kasse decken kann, so entsteht eine lange, uninteressante Debatte über die Delegationsendung, bis ein Mitglied den Vorschlag macht, die Mittel durch Subskription aufzubringen und vorsichtig einen Delegierten zu wählen. Der Vorsitzende, Seidel, lehnt die ihn treffende Wahl ab, worauf Inspector Brüssler (abwesend) erwählt wird. Seine Entscheidung über Annahme oder Ablehnung soll eingeholt werden. — Aus dem hierauf folgenden Jahresberichte an die Gemeinde ist nur Folgendes zu erwähnen. Selbstständige Männer zählt die Gemeinde 219, alleinstehende Weiber 7, Kinder von 7—14 Jahren 25, Gesamtzahl 1020 (darunter 11 Lehrer). Zur ersten Communion waren im vergangenen Jahre 7 Mädchen und 8 Knaben. Von kirchlichen Handlungen gab es am meisten Begegnisse (15) und Taufen (14), am wenigsten Trauungen (1). Hierauf fordert Pfarrer Kaminski die Mitglieder auf, jeden zweiten Sonntag recht zahlreich zusammenzutreffen und sich durch das Lesen ausgelegter Schriften und das Halten von Vorträgen zu belehren. Sämtliche Anträge und Reden wurden im Laufe der Verhandlung den polnischen Mitgliedern durch den Pfarrer Kaminski erläutert. Die Sitzung wird um 6 Uhr geschlossen.

■ Kattowitz, 30. April. [Generalversammlung der altkatholischen Gemeinde.] Die zahlreich besuchte Versammlung wurde um 4½ Uhr durch den Vorsitzenden, Bergsekretär Seidel, eröffnet. zunächst wird ein Antrag der altkathol. Gemeinde zu Pforzheim, betreffend die Gestaltung der Ehe für die Geistlichkeit, und ein anderer (von Lie. theol. Buchmann in Breslau, Pfarrer Dilger in Pforzheim, Pfarrer Grüner in Königswarberg, Kaplan Jaskomski in Breslau, Kaplan Sabermacher in Dortmund, Pfarrer Kampf in Thiengen, Pfarrverweser Hornau in Insterburg, Pfarrer Phyzla in Zell im Wiesental, Pfarrer Strulzberg in Breslau und von dem Universitätsprofessor Weber in Breslau unterzeichnet) Antrag folgenden Inhalts vorgelesen:

1.) Verheirathete Priester dürfen nur in solchen Gemeinden functioniren, welche sich einstimmig oder wenigstens mit zwei Drittel-Mehrheit in einer Generalversammlung damit einverstanden erklären.

2.) Die Synodal-Repräsentanz hat das Recht des Einspruchs, wo ihr sonst aus gewichtigen Gründen die Anstellung eines verheiratheten, resp. die Belassung eines herthaften Geistlichen nachträglich zu sein scheint. Gegen diesen Einspruch steht der betreffenden Gemeinde der Recurs an die nächste Synode, welche darüber in geheimer Abstimmung mit einfacher Mehrheit entscheidet, zu.

3.) Geistlichen, welche noch nicht ein Jahr in der altkatholischen Seelsorge dienen, darf der Ch.-Confess von keiner Gemeinde ertheilt werden. — Die Synodal-Repräsentanz wird beauftragt, sich Betreffs der Gestaltung der Priesterrechte unbeschadet der geistlichen Amtsrechte mit den einzelnen Regierungen in geeigneter Weise zu verständigen und darüber der nächsten Synode Bericht zu erstatten. In denjenigen Ländern, wo das Colibat noch aufrecht erhalten wird, darf kein verheiratheter Geistlicher angestellt werden. — Indem die Synode die allgemeine Aufhebung des Colibatgesetzes als möglich ansieht, verkennt sie nicht den hohen Werth der freiwillig erwählten und fleckenlos bewahrten jungfräulichen Keuschheit und empfiehlt dieselbe auf's Ernsteste Allen, welche glauben, daß ihnen von Gott die Gnade dazu gegeben sei. Im Hinblick auf die traurige religiöse Lage des Volkes bitte die Synode dringend alle geweihte Diener der Kirche, um Christi Willen das Ende des Colibats freiwillig weiter zu tragen und Allen Alles zu werden, um Alle Christo zu gewinnen.“

Diese beiden Anträge sind sämmtlichen altkathol. Gemeinden zur Erwagung und respektiven Unterschreibung zugegangen. — Pfarrer Kaminski ist verdächtigt die beiden Anträge in drastischer und leicht verständlicher Weise den polnischen Gemeindemitgliedern.

Pfarrer Kaminski: „Ich bin nicht der Meinung, eine Einrichtung, die sich durch ihre lange Existenz dem Volke als unbedingt nothwendig eingeprägt hat, jetzt auf einmal fallen zu lassen. Wir müssen unsere Bewegung so viel wie möglich auszubreiten suchen und darum auch dem Vorurtheil Rechnung tragen. Der angestrehte Entschluß würde uns in den Augen der Menge als nicht mehr katholisch erscheinen lassen. Die Herren, von denen der Antrag ausgegangen ist, halten keine Erledigung ja selbst nicht für so dringend. Und nachdem die Synode im vorigen Jahre den Beschluss gefaßt hat, „so lange die gegenwärtigen Verhältnisse sich nicht wesentlich verändert hätten, eine Entscheidung über diesen Punkt zu vermeiden“, so halte ich es für nothig, ihre Beschlüsse aufrecht zu erhalten, da es nicht der Würde der Synode entspricht, ihre Beschlüsse so schnell fallen zu lassen. Erst dann, wenn die Bedingungen, welche die Synode gestellt hat, erfüllt sein, erst, wenn die Verhältnisse sich geändert haben werden, dann erst treten wir damit vor. Wir wollen nicht durch die Aufhebung des Colibats uns neue Priester verschaffen.“

Pfarrer Kaminski: „Ich wollte Anfangs, da die vorliegende Sache mich als Priester persönlich angeht, nicht misprechen, sehe mich aber doch gezwungen, Mißverständnisse zu befreiten. Der Colibat soll nicht aufgehoben werden, sondern nur der Colibatzwang. Der Herr Vorredner meinte, wir würden nach Aufhebung desselben nicht mehr für Katholiken gelten. Gelten wir es denn jetzt noch?? Welcher römische Bischof würde einen Altkatholiken für katholisch halten? Und was hat denn der Colibat mit der Unfehlbarkeit zu thun? Diese ist ein Dogma, jener nur eine disziplinarische Einrichtung. — Wir haben zwar keine bedeutenden Fortschritte in Betreff der Ausbildung, aber dürfen wir denn durch die Colibatzaufhebung darauf rechnen? Oder liegen wir nicht vielleicht nach 10 Jahren auf dem Aussterbe-Grat? Die Unfehlbarkeit ist abgethan, heut spricht kein vernünftiger Mensch mehr darüber. Wir müssen vorwärts gehen mit solchen Sachen, die uns auf den wahren Standpunkt des katholischen Geistes führen. Der Colibatzwang ist nicht katholisch, nicht christlich, ja überhaupt nicht menschlich, und alles Unchristliche soll ausgemerzt werden. Die Sache muß aber von der Person gänzlich getrennt werden: Wir wollen bloß den Zwang aufheben.“

Nedacteur Kolbert: „Ich richte an den Herrn Vorsitzenden die Frage, wo zu die Debatte überhaupt soll?“ (Rufe: nothwendig, selbsterklärend!) Dilla: „Herr Kaminski hat mich ebenfalls nicht verstanden. Ich halte im Prinzip die Aufhebung des Colibats für vollständig berechtigt. Ich meine nur, diese Frage müsse man ruhen lassen wegen des Vorurtheils der Menge. Herr Kaminski meint, wenn wir nicht energisch vorgehen, geht unsere Sache zurück. Ich glaube das Gegenteil. Unsere Sache ist in der letzten Zeit sehr weit vorgegangen. Alle Geistlichen, welche von der Regierung Pfarrer übernommen haben, sind excommunicirt. Wenn sie noch keinen Anhang in

ihren Gemeinden haben, so werden sie ihn nach und nach doch gewinnen. Sie sind von Rom ausgestoßen und gehören zu uns, und werden sich in der nächsten Zeit wohl öffnen für uns erklären. Wenn wir aber in dieser Sache allzu energisch vorgehen, so schaden wir uns. Das es den Gemeinden anheimgefallen bleibt soll, unverheirathete oder verheirathete Priester anzustellen, würde unter uns selbst Zweifel errichten. Unsere Nachbargemeinde Gleiwitz wählt z. B. einen Unverheiratheten, wir in Kattowitz einen Verheiratheten. Wenn nun der Gleiwitzer Priester erkannt sollte, so würde sich die dortige Gemeinde eine Vertretung durch unseren verheiratheten Priester nicht gefallen lassen. Dieser Zweifel ist unserer Kirche zu erparen, in welcher ohnedies Einheit Noth thut. Den Besluß der vorjährigen Synode fallen zu lassen, halte ich für verfrüht.“

Bergmeister Möle: „Von den Aposteln war blos Paulus nicht verheirathet. Dies wird ihm sehr hoch angerechnet. — Meine Herren! Es gibt ja auch jetzt eine ganze Menge Laien, welche Hagefolze sind; sie haben kein Bedürfnis zum Heirathen gebaßt, sie werden aber ebenfalls, wie Paulus, den Ehestand für eine von Gott getroffene Einrichtung halten und hochherrschen.“

Es handelt sich nun vorläufig darum, die Intimität des Elias mit der Brobel, ihr schlechtes Leben mit dem Manne zu constatiren und ob eine dem Elias bei seiner Verhaftung abgenommene Uhr dem ermordeten gehört habe.

Der Sohn der Brobel, ein 15-jähriger Knabe, jetzt Schlosserlehrling, wird verurtheilt. Er vermag nicht viel zu erzählen. Er hat Elias 6—7 Mal bei seinen Eltern gesehen. Er selbst hat des Tages über anderwärts gearbeitet und kam erst Abends 6 Uhr nach Hause.

Der Vater schien ein guter Freund des Elias zu sein und deshalb mußte auch die Mutter freundlich sein und auf jeden Spaß des Elias eingehen; sonst war der Vater böse. Die Uhr, die seinem Vater geraubt war, ist ihm gehört; der hat sie jedoch getragen. Die vorgelegte Uhr kann er nicht mit Bestimmtheit als seine erkennen.

Elias: „Schade, daß Sie ein so großer Mann sind und können eine solche Lüge machen.“

Die Freunde Brobel haben sich nicht vertragen. Brobel hat seine Frau sogar geschlagen. Diese meint zwar: geschlagen nicht, nur gestoßen. Das schlechte Leben der Brobel bezeugt die Janusowksi. Sie war im Herbst 1874 mit dem Brobel bekannt geworden; einmal stellte ihr Brobel einen Freund als Steiger Herr Vincent vor. Es war Elias. Sie besuchte die Brobels einige Male und wurde von ihnen zum Ball eingeladen.

dass man so viel Wesens einiger Personen wegen mache. Man wird diesen Humor um so mehr zu schämen wissen, wenn man erfährt, dass Kola-junki seit einigen Tagen in Folge des Fluchtversuches nur Wasser und Brot zur Nahrung erhält. Nur als v. Februartheil deportirt hatte, schien er wütend zu werden, legte die Hand an den Mund und machte mit der anderen eine Geberde zum Boden zu, um auszudrücken: „Auch Du verdienst, dass man Dich kalt und stumm mache.“

Ihren Referenten scheint er übrigens sehr geschlossen zu haben, schon gestern grüßte er sehr freundlich, als ich die Sitzung verließ und heute nicht er mir lächelnd zu und machte mit der Hand die Geste des Schreibens.

Wie sehr die Angeklagten übrigens an ihrer Sache verzweifeln und sich mit Fluchtversuchen befassten und wie nötig die strenge Bewachung ist, zeigt der mir vom wachhabenden Offizier — der mich bis jetzt schon zufolgen in authentischer Weise über die gemeldeten Fluchtversuche etc. unterrichtet — mitgeteilte Vorfall, dass gestern bei einer genauen Befestigung in den Beinleisten des Elias ein wahrscheinlich aus dem Sitzungsraum irgendwie entwendeter Nagel vorgefunden wurde.

Der Sitzungsraum war bis auf das letzte Plätzchen gefüllt. Von meilenweiten Entfernen her waren Leute herbeigeströmt, um den Räuberhauptmann und seine Gefosse zu sehen.

Die Sitzung schloss um 1 Uhr. Nächste Sitzung morgen 8½ Uhr. Es beginnen die Plaidovers. Die Tagesordnung für den Rest des Prozesses ist so in Aussicht genommen, dass morgen wahrscheinlich die Plaidovers beendigt werden, übermorgen das Rejume des Präidenten und das Verdict der Geschworenen stattfinden wird und Sonnabend für die Verabschiedung des Gerichtshofes und die Publication des Erkenntnisses aussersehen ist.

Berlin, 3. Mai. Die matteren Wiener Course gaben der Börse Veranlassung, ihrer Haufbewegung ebenfalls Einhalt zu thun und sie übertrug ihre Verstimming zunächst auf Disconto-Commandit-Antheile, deren Abschluss — trotz der 7 prozentigen Dividende — von ihr bemängelt wurde. Aus den wenigen Zahlen, die bisher bekannt gegeben wurden, gab besonders die Absezung von 10 Millionen Mark aus dem Special-Refereond für nicht abgewandelte Geschäfte, der abfalligen Kritik eine Handhabe, wiewohl sich der unbefangene Beurtheiler sagen muss, dass diese, wenn ausreichende Vorsichtsmaßregel für die Zukunft des Unternehmens günstig zu deutzen wäre. Wo indeß so verschiedene Faktoren bei Aufstellung einer Bilanz mitwirken, spielt sich die Frage über den Werth oder Unwerth der Aufstellungen vielmehr zur Angelegenheit des Vertrauens oder Misstrauens gegen die Verwaltung, ihre Schätzungen und die dem Institute überhaupt innenwohnende Kraft zu. Der heutige Verkehr in Commandit-Antheilen stand unter dem Einflusse der Deutungen zu Ungunsten der Bank und die allgemeine Stimmung begünstigte noch den inscenierten Goursdorff, über dessen Berechtigung sich mindestens streiten lässt. Disconto, Com. 112, ult. 112½—113—110—111½, Dörn. Union 7, Laurahütte 56,60, ult. 56,60—56,25. Auch der Markt für internationale Speculationspapiere war bestimmt. Vorzugsweise war dies veranlaßt durch den aus Paris gemeldeten bedeutenden Rückgang des Lombarden-Courses. Die Verhandlungen der Basler Convention sind, wie neueste Meldungen besagen, abgebrochen und man glaubt, dass hierdurch der Situation des Unternehmens schwierig eine Besserung erwacht wird. Lombarden schließen gegen gestern mit einer Einbuße von 14 M. Österreichische Creditactien gingen circa 7 M., Österreichische Staatsbahn aber nur 3 M. zurück. Österreichische Nebenbahnen waren wenig fest, Galizier, Raiffeisen, Rudolfsbahn und Elisabethbahn niedriger. Die auswärtigen Staatsanleihen vermittelten die Fertigkeit der jüngsten Lage nicht auf das heutige Geschäft zu übertragen, ebenso hatte aber der Umsatz der Transactionen in sehr bemerkbarem Grade abgenommen. Österreichische Rente schwach, Italiener und Türken still. Russische Brämen-Anleihen matter, nur Pfd. Sterling-Anleihen behaupteten ihren festen Charakter. Preußische Bonds fest, aber ebenso wie auch andere deutsche Staatspapiere sehr still, dagegen zeigte das Prioritäts-Geschäft ziemliche Regsamkeit. Halle-Sorauer waren besonders bevorzugt und wiederum höher. Auswärtige Prioritäts hielten sich im Allgemeinen ruhiger. Für Lombardische meiste sich das Angebot. Auf dem Eisenbahnmärkte bewegte sich das Geschäft mit einer gewissen Unregelmäßigkeit. Der Gesamtumsumsatz war wenig beläufig und nahm nur in vereinzelten Fällen etwas erweiterte Ausdehnung an. So wurden namentlich Bergische weiter poussiert, auf die Möglichkeit des Ankaufs der Bahn Seitens des Staates hin, welches Motiv einer nächtlichen Beurtheilung zu unterziehen sein dürfte. Thüringer belebt und ebenfalls steigend. Leichte Bahnen meist unbeliebt und in den Courses notirungen kaum verändert. Nahenbahnen besser. Von Stamm-Prioritätsnotirungen waren Halle-Sorauer, Ostpreußische Südbahn und Halberstadt Lit. B. Akten waren sehr fest und in gutem Verkehr. Bantactien haben nur ein sehr mäßiges Geschäft aufzuweisen, trugen aber doch eine ziemlich feste Tendenz. Preuß.-Boden-Credit besser, Centralb. für Industrie gut behauptet, Medlenburger Hypotheken steigend, auch Spittelbank zog bei regem Geschäft im Course an. Deutsche Bank wurde zu höherer Notiz ziemlich lebhaft umgesetzt. Antwerpener Centralbank niedriger, Centralb. für Bauten offiziell, Rothoder Vereinsbank angeboten. Industriepapiere waren meist ganz geschäftsflos. Zoologischer Garten (Priorit.) recht belebt, Märkisch-Westfäl. Bergw. fest, Centrum, Louise beliebt, Hibernia matter, Schlesier, König Wilhelms niedriger. Um 2½ Uhr: Mitt. Credit 230, Lombarden 142, Franzosen 445, Reichsbank 155½, Disconto-Commandit 110½, Dörnunder Union 7, Laurahütte 56½, Köln-Mindener 100%, Rheinische 115%, Bergische 83, Rumänen 21½.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolffs Telegr.-Bureau)

Frankfurt a. M., 3. Mai, Nachm. 2 Uhr. 30 Min. [Schlußcourse]
Londoner Wechsel 203, 90, Pariser Wechsel 80, 95, Wiener Wechsel 169, 00, Böhmische Westbahn 148½, Elisabethbahn 121½, Galizier 158½, Franzosen*) 221½, Lombarden*) 71%, Nordwestbahn 110, Silberrente 58%, Papierrente 54%, Russ. Bodencredit 85%, Russen 1872 —, Russ. Anleihe de —, Amerikaner de 1885 —, 1860er Loos 99, 1864er Loos 261, 40, (Creditact.) 115%, Ost. Nationalb. 739, 50, Darmst. Bank 98½, Brüsseler Bank —, Berliner Bankverein 81, Frankfurter Wechslerbank 77%, Deutsch-Osterr. Bank 90%, Meininger Bank 78%, Hahn'sche Effectionbank —, Reichsbank 154%, Continental —, Hess. Ludwigsbahn 98%, Oberbahn 72%, Ungarische Staatsloose 144, 00, do. Schw. alte 86%, do. neue 83%, Central-Pacific —, Türken —, Ing. Ostb.-Ob. II 55%, Deutsch Vereinsbank —, Barbudizer Actien —, Internationale Speculationswerthe auf auswärtige Notirungen matt, Anlagenwerthe fest.

Nach Schluss der Börse: Creditactien 115%, Franzosen 221%, Lombarden 71%, 1860er Loos —, Nordwestbahn —, Franz-Josefsbahn —, Galizier —, Ungarische Staatsloose —, Reichsbank —.

*) Per medio reis per ultime.

Hamburg, 3. Mai, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-B. A. 114½, Silberrente 58%, Creditactien 114½, Nordwestbahn —, 1860er Loos 98%, Franzosen 555, Lombarden 178, Italien. Rente 70, Vereinsbank 117%, Laurahütte 56%, Commerzbank 85, do. II. Emission —, Provinzial-Disconto —, Norddeutsche 125%, Anglo-deutsche 56, Internationale Bank 84%, Amerikaner de 1885 96, Köln-Mindener St.-A. 100%, Rheinische Eisenbahn do. 115%, Bergisch-Märkische do. 82%, Disconto 3 p. —, Ruhig.

Hamburg, 3. Mai, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine fest. Roggen loco matter, auf Termine fest. Weizen pr. Mai 206 Br., 205 Gd., pr. Juli-August pr. 1000 Kilo 209 Br., 208 Gd. Roggen pr. Mai 146 Br., 145 Gd., pr. Juli-August pr. 1000 Kilo 148 Br., 147 Gd. Hafer knapp. Gerste fest, aber still. Rüböl fest, loco 61%, pr. Mai 61%, pr. Octbr. pr. 200 Kilo 63%. Spiritus matt, pr. Mai 33%, pr. Juni-Juli 34%, pr. Juli-August 35%, pr. Sept.-October pr. 100 Liter 100% 37. Raffee ruhig, Umsatz 3000 Sac. — Petroleum still, Standard white loco 12, 20 Br., 12, 00 Gd., pr. Mai 12, 00 Gd., pr. August-December 12, 10 Gd. — Weiter: Regnerisch.

Liverpool, 3. Mai, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaschlicher Umsatz 12,000 Ballen. Fest. Tagesimport 2000 Ballen, davon 1000 Ballen amerikanische, 1000 B. Bernam.

Liverpool, 3. Mai, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Stetig.

Middl. Orleans 6%, middl. amerikanische 6%, fair Dholera 4%, middl. fair Dholera 4%, good middl. Dholera 4, middl. Dholera 3%, fair Bengal 4%, good fair Broach —, new fair Domra 4%, good fair Domra 4%, fair Madras 4%, fair Bernam 6%, fair Smyrna 5%, fair Egyptian 6%.

Antwerpen, 3. Mai, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffineries, Type weiß, loco 27½ bez., 27½ Br., pr. Mai 27 bez., 27½ Br., pr. Juni 28½ Br., pr. September 29½ Br., pr. September-December 30 Br. Fest.

Bremen, 3. Mai, Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white loco 11, 25, pr. Juni 11, 40, pr. Juli 11, 50, pr. August-December 12, 25.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolffs Telegr.-Bureau)

Frankfurt a. M., 3. Mai, Nachm. 2 Uhr. 30 Min. [Schlußcourse]
Londoner Wechsel 203, 90, Pariser Wechsel 80, 95, Wiener Wechsel 169, 00, Böhmische Westbahn 148½, Elisabethbahn 121½, Galizier 158½, Franzosen*) 221½, Lombarden*) 71%, Nordwestbahn 110, Silberrente 58%, Papierrente 54%, Russ. Bodencredit 85%, Russen 1872 —, Russ. Anleihe de —, Amerikaner de 1885 —, 1860er Loos 99, 1864er Loos 261, 40, (Creditact.) 115%, Ost. Nationalb. 739, 50, Darmst. Bank 98½, Brüsseler Bank —, Berliner Bankverein 81, Frankfurter Wechslerbank 77%, Deutsch-Osterr. Bank 90%, Meininger Bank 78%, Hahn'sche Effectionbank —, Reichsbank 154%, Continental —, Hess. Ludwigsbahn 98%, Oberbahn 72%, Ungarische Staatsloose 144, 00, do. Schw. alte 86%, do. neue 83%, Central-Pacific —, Türken —, Ing. Ostb.-Ob. II 55%, Deutsch Vereinsbank —, Barbudizer Actien —, Internationale Speculationswerthe auf auswärtige Notirungen matt, Anlagenwerthe fest.

Nach Schluss der Börse: Creditactien 115%, Franzosen 221%, Lombarden 71%, 1860er Loos —, Nordwestbahn —, Franz-Josefsbahn —, Galizier —, Ungarische Staatsloose —, Reichsbank —.

*) Per medio reis per ultime.

Hamburg, 3. Mai, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-B. A. 114½, Silberrente 58%, Creditactien 114½, Nordwestbahn —, 1860er Loos 98%, Franzosen 555, Lombarden 178, Italien. Rente 70, Vereinsbank 117%, Laurahütte 56%, Commerzbank 85, do. II. Emission —, Provinzial-Disconto —, Norddeutsche 125%, Anglo-deutsche 56, Internationale Bank 84%, Amerikaner de 1885 96, Köln-Mindener St.-A. 100%, Rheinische Eisenbahn do. 115%, Bergisch-Märkische do. 82%, Disconto 3 p. —, Ruhig.

Hamburg, 3. Mai, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine fest. Roggen loco matter, auf Termine fest. Weizen pr. Mai 206 Br., 205 Gd., pr. Juli-August pr. 1000 Kilo 209 Br., 208 Gd. Roggen pr. Mai 146 Br., 145 Gd., pr. Juli-August pr. 1000 Kilo 148 Br., 147 Gd. Hafer knapp. Gerste fest, aber still. Rüböl fest, loco 61%, pr. Mai 61%, pr. Octbr. pr. 200 Kilo 63%. Spiritus matt, pr. Mai 33%, pr. Juni-Juli 34%, pr. Juli-August 35%, pr. Sept.-October pr. 100 Liter 100% 37. Raffee ruhig, Umsatz 3000 Sac. — Petroleum still, Standard white loco 12, 20 Br., 12, 00 Gd., pr. Mai 12, 00 Gd., pr. August-December 12, 10 Gd. — Weiter: Regnerisch.

Liverpool, 3. Mai, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaschlicher Umsatz 12,000 Ballen. Fest. Tagesimport 2000 Ballen, davon 1000 Ballen amerikanische, 1000 B. Bernam.

Liverpool, 3. Mai, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Stetig.

Middl. Orleans 6%, middl. amerikanische 6%, fair Dholera 4%, middl. fair Dholera 4%, good middl. Dholera 4, middl. Dholera 3%, fair Bengal 4%, good fair Broach —, new fair Domra 4%, good fair Domra 4%, fair Madras 4%, fair Bernam 6%, fair Smyrna 5%, fair Egyptian 6%.

Antwerpen, 3. Mai, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffineries, Type weiß, loco 27½ bez., 27½ Br., pr. Mai 27 bez., 27½ Br., pr. Juni 28½ Br., pr. September 29½ Br., pr. September-December 30 Br. Fest.

Bremen, 3. Mai, Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white loco 11, 25, pr. Juni 11, 40, pr. Juli 11, 50, pr. August-December 12, 25.

Berlin, 3. Mai. [Productenbericht.] Roggen ist etwas besser bezahlt worden. Die Veräußerer für Termine zeigten große Zurückhaltung, das Geschäft erlangte daher nur mäßigen Umsatz. Ware geht wenig um, weil Offeraten in guten Sorten sehr knapp sind. Roggengemehl etwas fester. —

Bank-Discont 4 p. Gt. Lombard-Zinsfuss 96 Gt.

Berlin, 3. Mai. [Productenbericht.] Roggen ist etwas besser bezahlt

Berliner Börse vom 3. Mai 1876.

Wechsel-Course.

Asterdam	100 FL	8 T. 3	163,40	bz.
do.	do.	2 M. 3	168,55	bz.
London	1 Ltr.	3 M. 2	20,31	bz.
Paris 100 Frs.	T. 4	80,95	bz.	
Petersburg 100 SR.	3 M. 6½	266,90	bz.	
Warschau 100 ZR.	8 T. 6½	265,10	bz.	
Wien 100 FL	8 T. 7	169,55	bz.	
do.	do.	2 M. 7	168,60	bz.

Fonds- und Geld-Course.

Staats-Anl. 4% consol.	14½	184,56	bz.
4%ige	49	97,75	bz.
Staats-Schuldscheine	3½	93,75	bz.
Schlesische	3½	92,00	bz.
Kur. u. Neumärk.	2½	97,90	bz.
Pommersche	4	97,50	bz.
Preussische	4	97,10	bz.
Westfäl. u. Rhein.	4	98,25	bz.
Sächsische	4	97,10	bz.
Radische Präm.	4	117,30	bz.
Barbarische 4% Anleihe	4	119,10	bz.
Görlitz-Märk.	3½	109,20	bz.
Döbeln-Mind. Fränkisch	3½	109,20	bz.
do.	do.	14½	175 G.

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Obl.	6	132	bz.	
Baek.Pfd. d.Pr.Hyp.-B.	4½	98	bz.	
do.	do.	100,20	bz.	
Deutsch. Hyp.-Pfd.	4½	95,75	bz.	
Königr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,25	bz.	
Junkind. do.	1872	151,50	bz.	
do.	rückabs.	110	102,20	G.
do.	do.	4	98,50	bz.
Zak. H.d.Pd.B.-Crd.B.	5	103,36	bz.	
III. Em.	5	103,36	bz.	
do.	do.	99,50	bz.	
Hyp.-Anth. Nord.-G.C.B.	5	100,75</td		